

Weltwirtschaft

Klotzen oder kontrollieren?

Von Mark Schieritz

Während die Amerikaner der Konjunktur Dampf machen wollen, fürchten die Europäer steigende Schulden und neue Exzesse. Auf dem Weltgipfel in London dürfte der Alte Kontinent den Ton angeben

Es wird ein Gruppenbild geben, eine gemeinsame Erklärung. Die Welt rückt zusammen, sie kämpft mit vereinten Kräften gegen die schwerste Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit. Das ist die Botschaft, die vom Weltfinanzgipfel am kommenden Donnerstag in London ausgehen soll. Das Bild ist an der Oberfläche nicht falsch. Diese Krise hat Bewegung in festgefahrene Debatten gebracht, Fronten aufgeweicht. Und doch entdeckt, wer den Weg nachzeichnet, der zum Londoner Gipfel führt, Gräben zwischen den Nationen, unterschiedliche Interessen und divergierende wirtschaftspolitische Grundüberzeugungen.

Die Ankurbler

Am 9. Januar, Barack Obama ist noch nicht Präsident, stellt Christina Romer eine kleine Studie ins Netz. Romer ist Vorsitzende des Wirtschaftssachverständigenrats. Titel des Papiers: »Die Folgen des American Recovery and Reinvestment Plan für den Arbeitsmarkt«. Ergebnis: Das geplante milliardenschwere Konjunkturprogramm rechnet sich. Jeder Dollar, den der Staat ausgabe, erhöhe das Bruttoinlandsprodukt um 1,60 Dollar, drei bis vier Millionen neue Jobs könnten entstehen. Die Untersuchung atmet den tief im amerikanischen ökonomischen Denken verankerten Glauben, der Staat könne die Wirtschaft nach den Gesetzen der Newtonschen Mechanik steuern. Wenn Nachfrage ausfällt, weil Verbraucher und Unternehmen Geld zusammenhalten, springt die Regierung ein. Der staatliche Impuls pflanzt sich fort, die Konjunktur springt wieder an.

Das Papier macht die Runde. Auch Fred Bergsten liest es. Er ist einer der einflussreichsten Ökonomen in Washington. Er hat schon für Henry Kissinger gearbeitet und leitet heute das Peterson Institute for International Economics. Am 12. März ist Bergsten vor den Auswärtigen Ausschuss des Repräsentantenhauses geladen. Thema der Sitzung im Raymond House, Raum 2172: »Die Außenwirtschaftspolitik der USA in der globalen Krise«. Bergsten ergreift das Wort, er schreit, die Hände bewegen sich im Rhythmus der Sätze. Die Welt brauche einen »massiven fiskalischen Stimulus«. Größenordnung: drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Jährlich. Brasilien, Kanada, Frankreich, Korea, Mexiko und Deutschland »sollten ganz klar mehr tun«. Und: »Ich bitte den Ausschuss dringend, alles in seiner Möglichkeit Stehende zu tun, um dieses Ergebnis herbeizuführen.«

Larry Summers ist längst dabei. Summers ist Obamas oberster Wirtschaftsberater, ein brillanter Ökonom, der sehr genau weiß, was er will, und das meistens auch sagt. Er hat die Nachfragelücke vermessen lassen. Allein in den kommenden beiden Jahren fehlen der US-Wirtschaft nach Schätzungen des Haushaltsbüros 2000 Milliarden Dollar. Das Konjunkturpaket beläuft sich nur auf knapp 800 Milliarden Dollar. Mehr Geld billigt der Kongress nicht, nicht für die Konjunktur und schon gar nicht für die maroden Banken. Wenn nichts geschieht, davon ist man in Washington überzeugt, dann schrumpft die Wirtschaft weiter,

dann steigt die Arbeitslosigkeit, dann nährt sich die Krise selbst. Aus der Rezession würde eine Depression. Wie in den dreißiger Jahren.

Noch im Februar wenden sich Summers und Finanzminister Tim Geithner an den Rest der Welt. Geithner trifft Dominique Strauss-Kahn, den Chef des Internationalen Währungsfonds (IWF). Dessen Auftrag ist es, Krisenstaaten zu stützen. Die Amerikaner hatten zuletzt nicht allzu viel übrig für den IWF. Sie wollten ihm die Mittel kürzen. Jetzt verkündet Geithner eine neue Linie: Die Zeit der Zurückhaltung sei vorbei, großzügig solle der Fonds Kredite in aller Welt vergeben. Man werde sich dafür einsetzen, seine Kassen aufzufüllen.

Ted Truman ist ein alter Haudegen in der internationalen Wirtschaftspolitik. Seit fast vierzig Jahren ist er im Geschäft, er hat für die US-Regierung die Finanzkrisen in Lateinamerika, Asien und Russland bekämpft. Ende Februar wird er von Geithner engagiert. Truman soll bei der Vorbereitung des Gipfels helfen. Die Amerikaner kontaktieren die anderen G-20-Staaten, in Deutschland sprechen sie mit Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen und Jens Weidmann, dem Leiter der Wirtschaftsabteilung im Kanzleramt.

In Washington wird anerkannt, dass die Deutschen bereits mehr tun als viele andere EU-Staaten. Auf 3,5 Prozent der Wirtschaftsleistung, verteilt über zwei Jahre, beläuft sich das Konjunkturpaket, davon fallen 1,5 Prozent 2009 an (siehe Grafik). Die Amerikaner wenden mit insgesamt 3,8 Prozent kaum mehr auf. Rechnet man hinzu, dass der deutsche Staat seinen Bürgern in der Krise großzügigere Sozialleistungen gewährt als der amerikanische, so liegt die Bundesrepublik sogar vor den USA. Das müsse aber auch so sein, argumentieren die Amerikaner, denn Deutschland habe ja auch mehr Spielraum: Weil die Staatsfinanzen solide sind. Und weil der Exportweltmeister in den vergangenen Jahren gut an den Konsumexzessen anderer Länder verdient habe. Jetzt sollten die Deutschen endlich selbst mehr konsumieren – und das Exportieren den anderen überlassen. Berlin bleibt hart. Am 9. März erscheint in der *Financial Times* ein Interview mit Larry Summers. »Der richtige makroökonomische Fokus für die G20 ist die globale Nachfrage, und die Welt braucht mehr Nachfrage«, steht darin. Um alles andere könne man sich später kümmern. Es klingt verzweifelt.

Die Bremser

Die Wolkendecke über Berlin reißt auf, als der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy am 12. März in der deutschen Hauptstadt eintrifft. Es tagt der deutsch-französische Ministerrat, ein Symbol der engen Verbundenheit beider Länder. Von der war zuletzt nicht allzu viel zu spüren. Man zankte sich über die Rettung der Banken und der Autoindustrie. Jetzt stehen Angela Merkel und Sarkozy nebeneinander im Kanzleramt, sie in Grau, er in Schwarz. »Vollkommen identisch« sei die Position beider Länder, sagt Merkel. Man habe viel für die Konjunktur getan, jetzt müssten die Programme erst einmal wirken. Topthema für den G-20-Gipfel sei die Regulierung der Märkte. Sarkozy nickt.

Dabei hatte er die Deutschen noch vor wenigen Monaten noch dazu gedrängt, mehr Geld auszugeben. Als aber die Bundesregierung damit Ernst macht, bekommt man es in Frankreich, wie in vielen anderen EU-Ländern, plötzlich mit der Angst zu tun. In weiten Teilen Europas sind die Staatsfinanzen zerrüttet. Würden die Finanzmärkte noch höhere Schulden tolerieren? Und reicht es nicht vielleicht schon aus, wenn Deutschland die Schleusen öffnet? So hält man sich im Rest Europas zurück und schließt nur zu gern die Reihen gegen den gemeinsamen Gegner auf der anderen Seite des Atlantiks. Die Abwehrfront steht.

Zwei Tage später treffen sich die Finanzminister im South Lodge Hotel in Horsham, einer Kleinstadt südlich von London. Hier steht der größte Rhododendron Englands. Sonst gibt es hier nichts zu sehen. Tim Geithner wirkt bedrückt, als er in den holzgetäfelten Konferenzraum geht, seine Schultern hängen herab. Er weiß, dass er verloren hat. Eine gute Stunde haben die Organisatoren für den Tagesordnungspunkt Konjunktur eingeplant, vier Stunden für die Themen

Regulierung und Finanzreform. Als die Sitzung beginnt, ist eigentlich schon alles vorbei. Die Beamten haben die Abschlusserklärung in der Nacht aufgesetzt. Sie wird ohne große Änderung durchgewinkt. »Wir sind bereit, alles zu tun, was nötig ist, bis das Wachstum wiederhergestellt ist«, heißt es darin. Was man so sagt, wenn man sich nicht festlegen will.

Am 18. März meldet sich Christoph Schmidt zu Wort, wie zuvor Summers in der *Financial Times*. Schmidt ist Mitglied des Sachverständigenrats. Er denkt wie viele deutsche Ökonomen. Wirtschaft hat für ihn vor allem mit den richtigen Anreizen und Strukturen zu tun, weniger mit der Nachfrage. Er ist eine Art Anti-Summers. Statt immer nur mehr Geld auszugeben, müssten sich die Regierungen allmählich Gedanken darüber machen, wie sie »ihren Haushalt ausgleichen und sich aus der Wirtschaft zurückziehen« können, sagt Schmidt.

In Berlin macht in diesen Tagen eine Studie die Runde, an der Volker Wieland vom Center for Financial Studies in Frankfurt beteiligt war. Sie trägt den Titel »Neukeynesianische versus Altkeynesianische Multiplikatoren staatlicher Ausgabenprogramme«. In den Modellen von Wieland verhalten sich die Menschen rational. Ökonomen lieben solche Modelle. Haushalte und Firmen rechnen damit, dass der Staat morgen die Steuern anhebt, wenn er heute Schulden macht. Deshalb schränken sie ihre eigenen Ausgaben ein, wenn der Staat mehr ausgibt. Jeder von der Regierung ausgegebene Dollar erhöhe das Wachstum um 40 Cent – und nicht, wie Romer glaubt, um 1,60 Dollar. Die Bundesregierung sieht sich durch das Papier bestätigt. Den amerikanischen Steuerungsoptimismus hat sie nie geteilt. Noch weniger wollen Merkels Fachleute einsehen, dass es etwas hilft, die Dosis immer weiter zu erhöhen, man fürchtet eher, dass die Wirkung irgendwann in ihr Gegenteil umschlägt – weil zu stark steigende Schulden die Menschen verunsichern. Zwar will niemand neue Konjunkturprogramme ausschließen. Festlegungen aber gibt es nicht. Schon gar nicht auf dem G-20-Gipfel.

Österreichs Finanzminister Josef Pröll ist erst seit ein paar Wochen im Amt, kaum jemand kennt ihn. Am 19. März reist er nach Brüssel. Die EU will die letzten Weichen für den Weltfinanzgipfel stellen. Wieder einmal haben die Amerikaner für Aufregung gesorgt. Diesmal war es Ben Bernanke. Der US-Notenbankchef weiß, dass die Regierungen nicht mehr viel tun werden. Deshalb hat er selbst die Initiative ergriffen, er ist nicht auf die Zustimmung von Parlamentariern angewiesen, wenn er Geld braucht. Er druckt es einfach. Um 14.15 Uhr Ortszeit stellt die Zentralbank eine kurze Pressemeldung auf ihre Internetseite. Es sind nur drei Absätze, die aber haben es in sich. Die Fed pumpt 1000 Milliarden Dollar in die Wirtschaft. Bildlich gesprochen: Die Notenpresse läuft heiß. »Mit Geld den Markt zu fluten – wo führt das hin?«, fragt der Österreicher Pröll und trifft damit die Stimmung in Brüssel. Die EU-Länder einigen sich auf eine Prioritätenliste für den G-20-Gipfel. »Rasche Umsetzung der geplanten Konjunkturpakete«, steht darin. Und: »Vorbereitung auf eine geregelte Rücknahme der makroökonomischen Stimuli«. Von neuen Konjunkturprogrammen ist nicht die Rede. Europa ist geeint und dagegen.

Die Regulierer

Gordon Brown hat viel für die Londoner City getan. Als Bundesfinanzminister Peer Steinbrück vor zwei Jahren Hedgefonds an die Leine nehmen wollte, war Brown dagegen. In Großbritannien florieren die Wirtschaft, sagte er. Und das ohne Regeln. Inzwischen schrumpft die britische Wirtschaft. Der Staat muss Milliarden in die Banken pumpen. Die Wut der Briten auf die Finanzmanager wächst. Gordon Browns Umfragewerte fallen. Am 17. März gibt er dem *Guardian* ein Interview: »Ich meine, dass die Zeiten des Laissez-faire vorbei sind.« Er hätte auch sagen können: »Sorry, ich habe mich geirrt.«

Adair Turner ist eine Allzweckwaffe der britischen Politik. Für Tony Blair reformierte er das Rentensystem, für Brown soll er den Finanzsektor umbauen. Turner ist Chef der Finanzaufsicht, er nennt sich selbst einen Technokraten. Am 18. März stellt er in der Drapers' Hall im Osten Londons seine Pläne vor. Ein symbolträchtiger Ort. Hier residierte Thomas Cromwell, der als

Berater Heinrich VIII. im 16. Jahrhundert den Bruch der englischen Kirche mit Rom vollzog. Was Turner vorhat, ist nicht minder radikal.

Man habe geglaubt, Finanzmärkte seien effizient und würden sich selbst korrigieren, sagt Turner. Diese Annahme sei aber falsch gewesen. Und: »Es hat sich herausgestellt, dass viele Finanzinnovationen nur wenig Wert geschaffen haben.« Das Kreditwesen soll weniger profitabel, aber stabiler werden. Turner will die Banken zwingen, mehr Kapital zurückzulegen, er will Rating-Agenturen überwachen, Hedgefonds kontrollieren und Steueroasen austrocknen. Sein Bericht liest sich, als sei er in Steinbrücks Ministerium verfasst worden. In Washington arbeitet Geithner an ähnlichen Vorschlägen. Die Deutschen sind entzückt. Endlich gebe es Bewegung im »angloamerikanischen Bereich«, jubelt Steinbrück.

Viel Regulierung, wenige Konjunkturlösungen. Die Wirtschaftswelt wird europäischer werden in London. Der Fortgang der Krise wird zeigen, ob Merkel und die Ihren für die richtige Sache gekämpft haben.

Zum Thema

ZEIT ONLINE 12/2009: G20-Finanzminister wollen IWF mehr Geld zahlen

Die 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer haben sich auf eine Stärkung des IWF geeinigt und den Streit über zusätzliche Konjunkturprogramme erstmal beigelegt

[<http://www.zeit.de/online/2009/12/g-20-finanzministertreffen-london>]

DIE ZEIT 12/2009: Staaten verhandeln über Maß der Regulierung

Die G-20-Finanzminister beraten heute in London über Lehren aus der Krise. Europa will mehr Regulierung, Amerika dickere Konjunkturpakete. Die Welt aber braucht beides.

[<http://www.zeit.de/2009/12/Kolumne-G20-Gipfel>]

DIE ZEIT 9/2009: Die Gruppe der 20 Egoisten

Gestern G 7, morgen G 20: In mehreren Zirkeln kämpfen die Staaten gegen den Protektionismus – und gegen die eigene Verführbarkeit.

[<http://www.zeit.de/2009/09/Weltwirtschaft>]

ZEIT ONLINE /2009: Das Vertrauen ist weg

Die Finanzkrise bringt die Weltwirtschaft ins Taumeln. Was tun? Helfen Konjunkturprogramme? Ein Schwerpunkt

[<http://www.zeit.de/themen/wirtschaft/finanzkrise/index>]

DIE ZEIT, 26.03.2009 Nr. 14